



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GdW und Mieterbund fordern Rücknahme der BEG-Förderkürzungen

29.07.2026 Fachinformation

Der GdW und der Deutsche Mieterbund kritisieren gemeinsam die seit dem 21. Juli 2026 geltenden Änderungen an der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG).

Nach Einschätzung beider Verbände verschlechtern die kurzfristig geänderten Förderbedingungen insbesondere für vermietete Mehrfamilienhäuser die wirtschaftlichen Voraussetzungen für geplante Klimaschutzmaßnahmen. Sie warnen vor höheren Belastungen für Wohnungsunternehmen und Mietende sowie vor einer Verschiebung oder Aufgabe energetischer Sanierungen. Beide Verbände fordern die Bundesregierung auf, die Kürzungen zurückzunehmen und verlässliche Förderbedingungen zu schaffen.

Nach Angaben von GdW und Deutschem Mieterbund haben die Änderungen bei den mehr als 3.000 sozial orientierten Wohnungsunternehmen zu erheblicher Verunsicherung geführt. Viele Unternehmen hätten Projekte zur klimagerechten Anpassung ihrer Wohnungsbestände über Jahre vorbereitet und auf Grundlage der bisherigen Förderbedingungen kalkuliert. Bereits der vorangegangene kurzfristige Förderstopp habe langfristig geplante Vorhaben gefährdet und bei betroffenen Wohnungsunternehmen wirtschaftliche Einbußen verursacht.

Besonders betroffen sei der vermietete Mehrfamilienhausbestand. Dort lebten viele Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen; zugleich ließen sich durch energetische Sanierungen erhebliche CO₂-Einsparungen erzielen. Durch die Kürzung der förderfähigen Kosten könnten Investitionspläne eingeschränkt sowie notwendige Klimaschutzmaßnahmen verschoben oder aufgegeben werden.

Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, erklärt:

„Diese Kürzung ist ein Frontalangriff auf die sozialverträgliche Wärmewende. Wohnungsunternehmen haben über Jahre mit großem Aufwand geplant, gerechnet und nach Lösungen gesucht, die Klimaschutz und bezahlbare Mieten miteinander verbinden. Die Bundesregierung zieht diesen Planungen nun praktisch über Nacht den Boden unter den Füßen weg. Zugleich konzentriert sie die Förderung auf höchste Effizienzstandards und lässt kostengünstige Maßnahmen mit großer CO₂-Wirkung außen vor. Was gestern noch wirtschaftlich knapp darstellbar war, ist heute vielfach nicht mehr finanzierbar. So verhindert man Sanierungen, statt sie zu beschleunigen.“

Florian Becker, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, verweist auf die Auswirkungen für die Mietenden:

„Über die Hälfte der Mieterinnen und Mieter gehört zum untersten Einkommensdrittel. Insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für das Heizen ausgeben und sind von steigenden Energiepreisen besonders betroffen. Die BEG-Förderung unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und sie reduziert die Höhe der auf die Miete umlagefähigen Modernisierungskosten. Beides trägt zur Entlastung von Mieterinnen und Mietern bei und kommt ihnen direkt zugute. Die massiven Kürzungen der BEG-Förderung stellen ein erhebliches Kostenrisiko für Mieterhaushalte dar und müssen umgehend zurückgenommen werden.“

GdW und Deutscher Mieterbund betonen, dass die klimagerechte Anpassung von Wohngebäuden langfristige Planungen, eine verlässliche Finanzierung und dauerhaft kalkulierbare politische Rahmenbedingungen erfordere. Kurzfristige Änderungen der Förderbedingungen gefährdeten die Investitionssicherheit auch über die unmittelbar betroffenen Projekte hinaus.

Kritisch bewerten die Verbände zudem, dass einkommensabhängige Boni weiterhin im Wesentlichen selbstnutzenden Eigentümerinnen und Eigentümern zugutekämen. Für Millionen von Mieterhaushalten in Mehrfamilienhäusern gebe es keinen vergleichbaren Schutz.

GdW und Deutscher Mieterbund fordern insbesondere:

- eine angemessene Förderhöhe für Mehrfamilienhäuser,
- eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Mietwohnungen und selbstgenutztem Wohneigentum,
- einen wirksamen Sozialbonus für Wohnungsbestände mit bezahlbaren Mieten,
- eine stärkere Förderung energetisch besonders schlechter Gebäude,
- einen verlässlichen Bestandsschutz für bereits geplante Vorhaben sowie
- langfristig kalkulierbare Förderbedingungen ohne kurzfristige Systemwechsel.

Quelle: GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. und Deutscher Mieterbund, gemeinsame Pressemitteilung vom 28. Juli 2026: „Kahlschlag auf Kosten der Mieter und des Klimas: Deutscher Mieterbund und sozial orientierte Wohnungswirtschaft fordern Rücknahme der BEG-Förderkürzungen“

Pressemitteilung im Original:

<https://www.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/kahlschlag-auf-kosten-der-mieter-und-des-klimas-deutscher-mieterbund-und-sozial-orientierte-wohnungswirtschaft-fordern-ruecknahme-der-beg-foerderkuerzungen/>

<https://bbu.de/beitraege/gdw-und-mieterbund-fordern-ruecknahme-der-beg-foerderkuerzungen>